



Frauenpolitische Sprecherinnen der Landtagsfraktionen Friedlinde Gurr-Hirsch MdL, Charlotte Schneidewind-Hartnagel MdL, Sabine Wölfle MdL und der frauenpolitische Sprecher Jochen Haußmann MdL: „Frauen verdienen mehr als sie erhalten“

„Frauen verdienen mehr als sie erhalten“ - „Für gleiche Arbeit muss auch gleicher Lohn gezahlt werden. Ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle darf es nicht geben“, sagten die frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen Baden-Württemberg, Friedlinde Gurr-Hirsch MdL (CDU), Charlotte Schneidewind-Hartnagel MdL (Grüne), Sabine Wölfle MdL (SPD) und der frauenpolitische Sprecher, Jochen Haußmann MdL (FDP/DVP), am Donnerstag im Vorfeld des Equal-Pay-Days am Freitag.

Anlässlich des Equal-Pay-Day am Freitag, 23. März 2012, wiesen die frauenpolitischen Sprecherinnen und der frauenpolitische Sprecher der Landtagsfraktionen auf die noch immer bestehende Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen hin. Dieser 2008 in Deutschland erstmals durchgeführte ‚Tag der gleichen Bezahlung‘ macht dieses Problem deutlich. Deutsche Frauen müssten durchschnittlich bis zum 23. März des Folgejahres arbeiten, um das gleiche Entgelt zu erhalten, das ihre männlichen Kollegen bereits zum 31. Dezember des vorherigen Jahres verdient hätten. „Es kann und darf nicht sein, dass Frauen drei Monate länger arbeiten müssen, um auf den gleichen Lohn zu kommen“, betonen die frauenpolitischen SprecherInnen. „Schon bei der Einstellung ziehen Frauen häufig die schlechteren Karten. Arbeitgeber dürfen die Möglichkeit von Schwangerschaft, Elternzeit und nachfolgender Teilzeit nicht abfedern, indem sie Frauen nicht auf Positionen setzen, die sie als besonders hochwertig einstufen, und deren Besetzung als unabkömmlich gelten“, sagen die FrauenpolitikerInnen. „So würden mögliche Familienpflichten, auch wenn sie noch gar nicht existieren, schon zu Beginn des Berufswegs zum Karrierehindernis für Frauen.“ „Die Auswirkungen der Lohnunterschiede bekommen Frauen auch und vor allem im Rentenalter zu spüren. Die Lohnlücke führt in der Folge zu einer Rentenlücke von nahezu 60 Prozent und lässt das Risiko der Altersarmut für Frauen steigen“, warnten die frauenpolitischen SprecherInnen. „Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels muss es im ureigensten Interesse der Arbeitgeber liegen, hier Abhilfe zu schaffen und eine gerechte Entlohnung von Frauen und Männern zu gewährleisten. Hierzu fordern wir die Unternehmen wie auch die öffentlichen Arbeitgeber in unserem Land mit Nachdruck auf“, so Gurr-Hirsch, Schneidewind-Hartnagel, Wölfle und Haußmann abschließend.